

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

7x POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS +

Herausgegeben von Bundesminister Dr. Robert TILLMANNNS · Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN · Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

3. Jahrgang - Nummer 1

Bonn - im Januar 1955 - 57

I N H A L T

ZUM NEUEN JAHRE	S. 1
DIE KIRCHE - HORT DES "OHNE MICH"?	S. 3
KIRCHLICHER NEUTRALISMUS	S. 8
"DIE STIMME DER GEMEINDE" IST NICHT DIE STIMME DER GEMEINDE..	S. 13
POLITISCHER QUERSCHNITT	S. 14
AN UNSERE LESER	S. 15

ZUM NEUEN JAHRE

Wir wollen die übergroße Zahl von Neujahrswünschen, die lediglich eine Höflichkeitsform darstellen, nicht vermehren. Aber um diese Briefe hat sich in den vergangenen Jahren, wie wir aus vielen Zuschriften wissen, eine Lesergemeinde geschart, die sich einem gemeinsamen Anliegen verpflichtet weiß und daher innerlich zusammengehört. In einem solchen Kreis ist der Wunsch, daß unser Leben in diesem neuen Abschnitt für jeden einzelnen und für uns alle zusammen vom Segen Gottes begleitet sein möge, mehr als eine Form. Deswegen sei dieser Wunsch das erste, was wir einander sagen. Er ist getragen von der zuversichtlichen Hoffnung, daß evangelische Verantwortung gegenüber dem Schicksal unseres Volkes an Festigkeit gewinnen möge, und daß wir durch brüderliches Gespräch die Kraft zum gemeinsamen Handeln finden.

Die Politischen Briefe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU sind von Anfang an nichts anderes gewesen, als ein Dienst in dieser Aufgabe. So hat sie Hermann Ehlers geleitet, und so wollen wir sie getreu dem Vermächtnis, das er uns

hinterlassen hat, weiterführen. Dabei wollen wir ernsten und schweren Fragen, vor die wir in der Politik gestellt werden, nicht ausweichen - auch nicht durch unverbindliche Formulierungen in frommem Gewande. Gerade in den evangelischen Gemeinden, sowohl unter Pfarrern wie unter Laien, leiden unsere politischen Gespräche oft darunter, daß wir nicht bereit sind, uns harten Realitäten zu stellen, und daß wir meinen, Gegensätze lediglich durch freundliches Zureden aus der Welt schaffen zu können. Wir halten es mit Bischof D.Dr. Otto Dibelius, der kürzlich sagte:

"Es hat keinen Zweck, in die Welt immer wieder hinauszudeklamieren: Seid einig, einig, einig! - wo man doch genau weiß, daß die Völker nur mit denen einig sind, die ihrer eigenen Politik sich anzupassen bereit sind. Und noch viel erbärmlicher ist es, auf die billige Propaganda hereinzufallen, die die eigene Politik immer für die Politik des Friedens erklärt, obwohl dahinter vielleicht eine beispiellose Aufrüstung steht, und die fremde Politik für die Politik der Kriegshetze, auch wenn der Wille zum Frieden dabei unverkennbar ist..."

Wir wollen uns in diesen Briefen mit Ernst darum bemühen, die maßgebenden Faktoren des politischen Lebens im eigenen und im internationalen Bereich nüchtern und ohne Voreingenommenheit zu ergründen, damit wir ihre Zusammenhänge und gegenseitigen Bedingtheiten kennenlernen. Wir wollen uns immer wieder fragen und fragen lassen, was uns, die wir im Gehorsam vor Gott zu leben versuchen, in dieser Wirklichkeit zu tun geboten ist und wie wir dazu helfen können, daß unser Volk nach innen und außen Frieden findet.

Die Geschehnisse der letzten Wochen, in denen aus dem Bereich der evangelischen Kirche politische Aufrufe und Propagandaaktionen zugunsten ganz bestimmter Entscheidungen ergangen sind - die manchmal sogar nahezu amtlichen Charakter trugen -, veranlassen uns, das zu wiederholen, was wir schon auf der ersten Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU 1952 in Siegen gesagt und 1953 in Hannover erneut ausgesprochen haben:

"Wir bitten dringend, daß in den evangelischen Kirchen allen Versuchen gewehrt wird, die sachliche Austragung politischer Meinungsverschiedenheiten durch eine unsachliche Verschiebung christlicher Argumente zu überdecken. Wir fordern, daß politische Fragen nüchtern und sachlich erörtert werden. Wenn das geschieht, wollen wir uns jederzeit unter die Verantwortung vor dem lebendigen Gott rufen lassen."

An alle, die sich mit uns verbunden fühlen, richten wir zu Beginn des neuen Jahres die herzliche Bitte, uns noch mehr als bisher geistig und auch materiell zu unterstützen. Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Bitte nicht überhört wird.

Dr. Robert Tillmanns

Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Januar 1955

Gegen den Mißbrauch des kirchlichen Wortes

Mahnende Stimmen der Besinnung und Sachlichkeit aus dem evangelischen Leben

Die Lautstärke und der Fanatismus, mit dem gewisse politisch orientierte Gruppen und Persönlichkeiten der evangelischen Kirche in der Öffentlichkeit Stellung gegen die Pariser Verträge und einen deutschen Wehrbeitrag beziehen, hat ein völlig schiefes Bild entstehen lassen. Die Mehrzahl auch der evangelischen Geistlichen sehen in diesem lauten politischen Treiben mit kirchlich-religiösem Vorzeichen eine schwere Gefahr für die innere Einheit der evangelischen Kirche und lehnen es ab.

Allerdings, so stellte Akademiedirektor Dr. Eberhard Müller im Anschluß an eine Tagung evangelischer Pfarrer in Bad Boll fest, scheuen sich die meisten, die in der Wiederbewaffnung eine politische Frage sehen, „allzu grundsätzlich und öffentlich Stellung zu nehmen, um nicht als Kronzeugen für eine bestimmte Richtung beansprucht zu werden.“ Die Gruppe der Lauten scheut sich keineswegs, offen für politische Parteien aufzutreten. Allerdings hat das Ergebnis der letzten Bundestagswahlen gezeigt, daß hier Hirten ohne Herde in die politische Arena gestiegen sind. Die evangelischen Gemeindeglieder denken — und wählen anders als manche ihrer Pastoren.

Gegen Einseitigkeit der Haltung

Gegen die Einseitigkeit einer Haltung, die aus dieser an sich begreiflichen Zurückhaltung in politischen Dingen entspringt, wendet sich Propst D. Asmussen, Kiel, in einem offenen Brief an den Vorsitzenden des Rates der EKD, Bischof D. Dibelius. D. Asmussen protestierte gegen die Kundmachung der Evangelischen Kirchenkonferenz in Hannover, in der „größte Zurückhaltung in allen öffentlichen Äußerungen“ verlangt wurde.

„So geht es nun nicht“, erklärt Propst Asmussen „In ganz Westdeutschland und darüber hinaus weiß jeder, daß diese Zurückhaltung schon längst und schon viele Male und in den letzten Wochen wieder in besonders eklatanter Weise durchbrochen wurde und zwar immer von den gleichen Menschen und der gleichen Gruppe. Dadurch, daß diese Erklärung nunmehr ausgeht und offensichtlich zu den bisherigen öffentlichen politischen Äußerungen nicht ausdrücklich Stellung nimmt, wird das neue Wort an die Gemeinden ungerecht. Denn nun entsteht die Situation, daß die eine Seite die Möglichkeit freier Rede hatte, während die andere Seite von hoher kirchlicher Stelle am Reden gehindert wird...“

Die gleiche Gruppe und z. T. die gleichen Menschen, die den Anlaß zu dieser neuerlichen Erklärung gegeben haben, haben sich an Weisungen dieser Art noch nie gebunden gefühlt, schon zu der Zeit, als ich noch Mitglied des Rates der EKD war... Wie will die Kirchenführerkonferenz und der Rat der EKD den Vertrauensschwund gegenüber den leitenden Gremien, der auf diese Weise notwendig entsteht, wieder wettmachen? ...“

Dr. Asmussen befaßte sich näher mit den kirchlichen Gruppen und Personen, die politisch in besonderer Weise hervorgetreten sind, und unterstreicht, daß diese ihre Stellung gegen die Pariser Verträge öffentlich „im Namen des Ge-

wissens“ bezogen hätten. Das sei „keine politische Äußerung mehr, sondern eine Verlautbarung, welche verdächtig nahe bei den Glaubenssätzen einer politischen Religion zu suchen“ sei. Wir befänden uns „beinahe genau an dem gleichen Punkte wie 1933 und 1934, nur mit anderen Vorzeichen...“

„Haben die führenden Gremien der EKD“, so schließt der Brief, „dazu wirklich nicht mehr zu sagen, als daß sie zu „äußerster Zurückhaltung“ mahnen? ... Wer kümmert sich jetzt eigentlich um alle diejenigen, welche für die Pariser Verträge sind? Und wer bemüht sich darum, bei diesen Gliedern der evangelischen Kirchen das täglich mehr zerbrechende Vertrauen wieder zu gewinnen? Denn von Neutralität, sofern solche die Aufgabe der evangelischen Kirche sein kann, kann nicht mehr die Rede sein, so lange die eine Gruppe redet, was und wann es ihr gut scheint, dann aber mit dazu hilft, daß die anderen zu äußerster Zurückhaltung angehalten werden...“

„Verantwortungen auseinanderhalten“

Im Rahmen der Sendereihe „Christentum und Gegenwart“ des Süddeutschen Rundfunks sprach der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof D. Dr. Dibelius, am 4. Januar nachmittags zu der Frage „Vor welchen Aufgaben steht die Evangelische Kirche in Deutschland?“ Der Bischof führte u. a. aus:

„Niemand, auch die Kirche nicht, kann heute mehr sagen, die Politik gehe ihn nichts an. Und trotzdem müssen die Verantwortungen sorgfältig auseinandergehalten werden: Die Kirche kann ihre Stimme erheben, wenn die Fragen, um die es geht, so klar und so eindeutig sind, daß es in der Kirche, zum mindesten in der Leitung der Kirche, nur eine Antwort darauf geben kann; dann darf sie darauf vertrauen, daß diese Antwort vom Evangelium her kommt. Ist die Kirche sich nicht einig, so muß vermutet werden, daß verschiedene politische Meinungen irgendwie im Spiel sind, dann kann jeder sagen, was er nach seiner gewissenhaften Erkenntnis sagen zu müssen glaubt; in der Evangelischen Kirche ist die Freiheit zu Hause. Aber es ist dann eben nicht mehr die Stimme der Kirche als solche, die da laut wird...“

Bischof D. Dibelius forderte weiterhin auf, „die Einheit der deutschen Volkes zu wahren, die sich in der Evangelischen Kirche in besonderer Weise darstelle“, ferner „auf eine rechte Ordnung des menschlichen Gemeinschaftslebens zu dringen“, im eigenen Volk und innerhalb der Völker der Welt und „für Frieden und Versöhnung im Le-

ben der Völker einzutreten.“ Dazu sagte er u. a.:

„Es hat keinen Zweck, in die Welt immer wieder hinauszudeklamieren: Seid einig, einig, einig! wo man doch genau weiß, daß die Völker nur mit denen einig sind, die ihrer eigenen Politik sich anzupassen bereit sind. Und noch viel erbärmlicher ist es, auf die billige Propaganda hereinzufallen, die die eigene Politik immer für die Politik des Friedens erklärt, obwohl dahinter vielleicht eine beispiellose Aufrüstung steht, und die fremde Politik für die Politik der Kriegshetze, auch wenn der Wille zum Frieden dabei unverkennbar ist...“

Abschließend erklärte der Bischof, die Kirche werde im neuen Jahr vielleicht keine Friedensproklamationen herausbringen, aber sie werde in der Stille arbeiten. „Vielleicht, ja hoffentlich mehr, als die Öffentlichkeit erfährt, und sie wird es im getrosteten Glauben Gott überlassen, wann und wie er daraus eine Frucht erwachsen lassen will. Es liegt im Wesen der Kirche, daß das Beste, was sie zu tun vermag, sich dem Blick der Öffentlichkeit entzieht; es kann darum nicht weniger wirksam sein.“

„Der Verwirrung entgegentreten“

„Ich sehe mich nicht in der Lage, eine Kundgebung an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu richten, wie es kürzlich eine Gruppe von evangelischen Kirchenfürsten, Professoren und Synoden getan hat“, erklärte der Bischof für Holstein, D. Wilhelm Halffmann (Kiel), in einem Schreiben an ein Gemeindeglied. „Es handelt sich bei dieser Kundgebung um ein Stück Politik, gegen oder für welches die Kirche als solche vom Evangelium her keine Weisung zu geben hat.“

In Bezug auf die in Darmstadt erscheinende und von dem Studentenpfarrer Mochalski herausgegebene Zeitschrift „Die Stimme der Gemeinde“, die jene Kundgebung veröffentlicht hatte, erklärte der Bischof: „Ich kann nicht unterlassen, mein Bedauern darüber auszusprechen, daß die politischen Kundgebungen dieser bestimmten Gruppierung in der evangelischen Kirche in einer Zeitschrift aufzutreten, die sich „Stimme der Gemeinde“ nennt. Damit wird der Anschein erweckt, als sei die durch sie vertretene Stellungnahme zu der augenblicklich aktuellen politischen Situation die Stimme der Gemeinde, d. h. evangelischen Kirche, also eine vom Wort Gottes gebotene Stellungnahme, die als solche für alle evangelischen Christen verpflichtend wäre. Es besteht die große Gefahr, daß die evangelische Christenheit in Deutschland auf diese Art gespalten wird. Tatsache ist jedoch, daß viele in der evangelischen Christenheit eine politische Überzeugung haben, die sich von der jener Gruppierung unterscheidet. Hinzu kommt, daß eine nicht geringe Zahl evangelischer Menschen in der Sowjetzone von der Politik jener

Gruppe um Heinemann, Mochalski und Karl Barth nicht viel erwartet.“

Das Schreiben schließt mit einer Kritik an einem Flugblatt des Pfarrers Mochalski, das jener Zeitschrift „Die Stimme der Gemeinde“ beilag. Dazu schreibt der Bischof wörtlich: „Dieses Flugblatt ist ein politischer Artikel, der in irgendeiner politischen Zeitung stehen könnte. Völlig zusammenhanglos und unbegründet enthält er einen Appell an die evangelische Christenheit, vor allem die Pfarrer. Die evangelische Kirche erscheint hier als politische Größe neben anderen politischen Organisationen bestimmter Färbung. Das ist Politisierung der Kirche, die ich schlechthin ablehne.“

„Um der evangelischen Kirche willen fühle ich mich verpflichtet“, so schließt Bischof Halfmann seinen Brief, „der Verwirrung entgegenzutreten, die dann entsteht, wenn die ‚Stimme der Gemeinde‘ eine Politik zu treiben beansprucht, die in nichts heiliger und christlicher ist als andere Politik auch.“ Es dürfe nicht der Anschein erweckt werden, als wolle eine andere politische Überzeugung, die der Bischof als durchaus möglich bezeichnet, weniger aufrichtig den Frieden.

„Sachkenntnis und Sachlichkeit nötig“

Vor dem württembergischen Landeskirchentag erstattete Landesbischof **D. Haug** einen umfassenden Bericht.

„Wir haben keine Freude an dieser fortschreitenden Blockbildung in der EKD und haben uns bisher bewußt herausgehalten.“ Angesichts der Auseinandersetzung um Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung warnte der Bischof vor einer Einengung der Freiheit der Meinungsäußerung und der Stellungnahme durch die Kirche oder ihre Leitung. Andererseits müsse der evangelische Christ diese Freiheit in einer für das ganze Volk vorbildlichen Selbstzucht und mit großem Verantwortungsbewußtsein handhaben. Zu verschiedenen öffentlichen Äußerungen und Stellungnahmen von Kirchenführern, Pfarrer- und Gemeindegruppen fragte der Landesbischof, ob nicht heute die akute Gefahr einer neuen Politisierung der Kirche und eines flachen Gebrauchs des Wortes Gottes, eines Mißbrauchs der evangelischen Gewissensfreiheit und des besonderen Amtes der Kirche bestehe. Wenn bei politischen Diskussionen beachtet werde, daß für eine Christengemeinde die Versöhnung des Menschen und der Welt mit Gott das zentrale Thema bilde und die politischen Fragen sekundärer Art seien, könnten kein falsches Pathos und kein Fanatismus aufkommen. Für politische Diskussionen sei das Bemühen um bestmögliche Sachkenntnis und Sachlichkeit ebenso erforderlich wie die Bereitschaft, auf den andern zu hören und seine Gewissensüberzeugung zu achten. In den jetzt zur Debatte stehenden politischen Fragen gebe es keine absolut richtige, sondern nur eine relativ beste Entscheidung.

Weiter meinte der Landesbischof, die Christen sollten ihren politischen Ein-

fluß nicht über Kirche, Synode und Amtsträger, sondern über die dafür zuständigen politischen Organe zur Geltung bringen.

„Nehmt den Staat ernst, der Euch Freiheit gewährt“

Im Sonntagsblatt vom 13. 2. 1955 forderte Bischof **Lilje** „Habt Mut zur Entscheidung!“ Er kommt nach einer Untersuchung der deutschen Situation und einer Würdigung auch der bestehenden gefühlsmäßigen Widerstände gegen eine Wiederaufrüstung zu dem Ergebnis, daß die Bundesrepublik keine eigene Politik machen könne und daß sie nicht einfach so tun könnte, als seien wir nicht mit dem Westen verbunden. Gewiß seien auch im Westen unterschiedliche politische Strömungen.

„Trotzdem — es ist keine politische und schon längst keine staatsmännische Weisheit, wenn zuletzt Westdeutschland zwischen allen Stühlen sitzt. Das wäre der höchste Grad der Hilflosigkeit, und er müßte den Stärkeren — wer es auch sei — über kurz oder lang auf den Plan rufen.“

Mit irgend jemand müssen wir uns zusammentun. Wir wollten gern auch mit Rußland in Frieden leben, vorausgesetzt, daß es eine einigermaßen tragbare Auslegung des Wortes „Ko-Existenz“ gibt, die unsere Brüder im Osten nicht einfach der Bolschewisierung ausliefert. Und den Westen möchten wir auch unter allen Umständen vor der Bolschewisierung bewahren.

Aber sind wir zu realisierbaren Angeboten gekommen? Was bleibt uns anders übrig, als uns zunächst an den zu halten, der uns wenigstens sichtbar weitergeholfen hat? Und das ist — bis auf weiteres — der Westen. Man soll auch aus dem gebrechlichsten Rettungsboot nicht eher aussteigen, ehe man nicht festes Land oder wenigstens ein besseres Schiff unter die Füße nehmen kann...

Das Nein zu den Verträgen scheint einleuchtender. Ist es das wirklich? Das Ja enthält ein gewaltiges Risiko: Wird es nicht die Tür zum Osten endgültig verriegeln? Aber das Nein enthält ein nicht geringeres Risiko; oder ist es nichts, wenn die Tür zum Westen ins Schloß fällt? Unser Volk braucht Führer im guten geschichtlichen Sinn. Habt Mut zur Entscheidung, ihr Parlamentarier! Laßt das Volk sich nicht in der inneren Unruhe und Nervosität der Unentschiedenheit aufreiben!

Ganz unmöglich ist es, hier das Evangelium zu bemühen. Im ganzen Neuen Testament steht nun wirklich nichts darüber, ob die Ost- oder die Westorientierung den Frieden gewährleistet.

Nehmt den Staat ernst! Den Staat, der euch die Freiheit gewährt, so zu reden, wie euer Gewissen gebietet. Mißbraucht diese Freiheit nicht! Habt acht, daß dieser Staat nicht einer Krise verfällt, die ihn von innen her aushöhlt! Er ist ein Staat, der geschützt werden muß durch die innere Freiheit der Bürger, durch ihre Verantwortungsbereitschaft und dadurch, daß seine Bürger sich darauf schulen, die Auseinandersetzung mit dem Osten geistig und sozial zu bestehen.“

„Auf Andersdenkende Rücksicht nehmen“

Zur Zurückhaltung in politischen Fragen hat Landesbischof **D. Julius Bender**, Baden, am 14. Februar die Geistlichen der Badischen Evangelischen Landeskirche ermahnt.

In einem Brief an alle Geistlichen und an die Mitglieder der Landessynode erklärt der Bischof, die Pfarrer hätten wohl die Pflicht, sich um des Ergehen des Volkes zu kümmern, doch sei ihnen als Predigern des Evangeliums eine gewisse Zurückhaltung in öffentlichen Äußerungen über politische Dinge auferlegt. „Wir können nicht mehr Seelsorger aller Glieder unserer Gemeinde sein, wenn wir durch unsere öffentliche politische Stellungnahme uns das Ohr der in der Politik Andersdenkenden verschließen“. Eine politische Äußerung werde meistens als ein Wort der Kirche verstanden, heißt es in dem Brief. Völlig verwirrend wirke es, wenn solche politischen Äußerungen mit einem Hinweis auf kirchliche Amtsstellung, Evangelium und Gewissen verbunden würden.

„Es gibt seelsorgerische Aufgaben“

Oberkirchenrat **Prof. D. Volkmar Hentrich**, Hamburg, Mitglied des Rates der EKD, nimmt im „Informationsblatt“ für die Gemeinden in den Niederdeutschen Lutherischen Landeskirchen vom 27. Januar 1955 (Nr. 1/2) in sehr ausführlichen und fundierten Ausführungen zu dem politischen Auftreten bestimmter Gruppen in der evangelischen Kirche gegen das Recht der Verteidigung Stellung. Er beschäftigt sich im besonderen mit der bekannten „Düsseldorfer Erklärung“ vom 8. Dezember 1954 an die Abgeordneten des Bundestages und einem Aufsatz von Herbert Mochalski in der als politisches Agitationsorgan aufgemachten sogenannten „Stimme der Gemeinde“ vom 1. Januar 1955. Oberkirchenrat D. Hentrich kommt dabei zu folgenden Feststellungen:

„Man kann fragen, ob wir als Christen überhaupt das Recht haben, einem politischen Gremium im Blick auf dessen Verantwortung in einer Sache in den Arm zu fallen, für deren Lösung wir aus dem Worte Gottes keinen Grund haben (Halfmann). Auf keinen Fall darf dann die Begründung so allgemein und substantiell ungefüllt sein, wie das bei dem Düsseldorfer Wort der Fall ist.“

Zu der noch weitergehenden Leverkusener Erklärung heißt es: „Man kann mit Ernst fragen, ob in der Wendung: „... um ihres Dienstes am Evangelium willen ...“ nicht jene verhängnisvolle Vermischung des politischen und des kirchlichen Auftrages stattfindet, gegen die der 5. Artikel der Barmer Erklärung Stellung bezog.“

Hentrich spricht weiter von jener „verhängnisvollen Vermischung in der enthusiastischen Zitierung der Schrift“ und macht darauf aufmerksam, daß es ebenso andere und entgegengesetzte Zitierungsmöglichkeiten gibt. Zu dem Aufsatz von Mochalski heißt es:

„Zu diesem Artikel ist eigentlich nichts mehr zu sagen. Er hat nichts

mehr mit der „Stimme der Gemeinde“, dem Evangelium, der Kirche oder überhaupt dem Christentum zu tun. Das ist politische Rede, und das Verhängnisvolle ist nur, daß sie so von einem Pastor und daß sie so in einem Blatt getan werden kann, das doch in irgendeinem Zusammenhang mit der Kirche gesehen werden muß.“

Hentrich weist auf die ernsthafte Gefahr einer Kirchenspaltung durch solche Äußerungen hin und sieht hier für die kommende Synode in Espelkamp eine Aufgabe. Zur „Koexistenz“ erklärte Hentrich u. a.: „Wir glauben auch, daß es Koexistenz zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Systemen gibt. Aber das scheint uns gar nicht die Frage zu sein. Denn die Frage wird in dem Augenblick ganz anders, in dem die Gesellschaftsform Ausdruck eines religiösen Anspruches wird. Gibt es Koexistenz zwischen dem Absolutheitsanspruch der säkularen Religion und dem Absolutheitsanspruch des Christentums?“

Er wendet sich dann gegen das radikale und sachlich umstrittene Vokabular u. a. von Präses Wilms:

„Müßte nicht aber jedenfalls das ernsthafteste Bemühen ernst zu nehmen der Männer, die — etwa im **Amt Blank** — keine unwirklichen Ideale vorspiegeln oder Kriegsziele proklamieren, sondern im Blick auf den Stand des Soldaten wirklich einen neuen Anfang machen wollen, ausdrücklich respektiert werden, anders als das bisher in der Debatte geschehen ist? Glauben wir wirklich, uns dadurch vor der tödlichen Gefahr des Militarismus zu schützen, daß wir diesen Militarismus ständig als gegeben annehmen? Sollten wir nicht gerade in der evangelischen Kirche Gott dafür danken, daß bisher in dieser Sache ein hohes Maß an Nüchternheit festzustellen ist und daß gerade die Verantwortlichen etwa gegenüber der älteren Generation an dieser Nüchternheit festhalten? Hier wäre eine positive seelsorgerische Aufgabe ersten Ranges, und wir können nur darum bitten, daß wir hier nicht versagen möchten.“

Hinsichtlich eines wirklichen „seelsorgerischen Notstandes“ schreibt er:

„Es ist eine bittere Sache, daß wir in der Frage des Pfarreraustausches oder auch nur des Austausches von Vikaren und Hilfsgeistlichen gegenüber unsern Brüdern in der DDR auf das Ganze gesehen versagt haben. Würden wir nur annähernd den gleichen Eifer auf diese Hilfe richten wie auf die politische Verantwortung, wir würden auch der gesamtdeutschen Verantwortung in einem letzten Sinne mehr helfen.“

Als Aufgabe für Espelkamp stellt er heraus:

„Es ist selbstverständlich, daß jeder Christ für seine persönliche politische Entscheidung die volle Freiheit hat. Darüber sollten wir gar kein Wort verlieren. Aber das sollten wir uns erbitten, daß wir in der Kirche nicht „in Kategorien“ denken möchten und nicht in kirchenpolitischen Gruppen, sondern daß wir hindurchschreiten möchten zu der Freiheit, die es allein da gibt, wo Menschen sich unter der Verheißung des Evangeliums begegnen.“

Die Kirche — Hort des „Ohne mich“?

Bundestagspräsident **D. Dr. Eugen Gerstenmaier** im Deutschland Union Dienst:

„Niemand braucht uns daran zu erinnern, wieviel besser und schöner es wäre, wenn die Völker Europas ohne Wehr und Waffen in die Zukunft gehen könnten. Die unausweichliche Zwangslage, in der wir uns befinden, sollte darum kein Tummelplatz sein für vielleicht wohlmeinende, aber zumindest undurchdachte politische Ratschläge oder für präventive Ansprüche und Vorwürfe. Diese Lage sollte uns vielmehr erneut über die furchtbare Gewalt dessen belehren, was die Kirche im persönlichen wie im kollektiven geschichtlichen Zusammenhang Sünde nennt. Über ihre Realität können wir uns nicht hinwegträumen.“

Es ist an der Zeit, daß wir nicht nur als politische Gemeinschaften mündiger Christen, sondern als Glieder unserer Kirche unsere Stimme gegen die manchmal stille, manchmal auch gar nicht stille Zwiesichtigkeit erheben, in der die meisten dieser politischen Attacken sich der Mitwelt darbieten. Sie sind fast durchweg so angelegt, daß sie den Unterzeichnern im Falle der Klage die Möglichkeit geben, sich darauf zurückzuziehen, daß sie nicht namens der Kirche und ihrer verantwortlichen Organe geschrieben und ergangen sind. Andererseits sind sie jedoch — bewußt oder unbewußt, gewollt oder ungewollt — so formuliert, daß sie in der Öffentlichkeit und in den Gemeinden gelesen und verstanden werden als eine kirchliche Verlautbarung — eben als das, was man seit Jahr und Tag als „Wort der Kirche“ bezeichnet. Wir müssen dafür dankbar sein, daß sich immer wieder Kirchenführer gefunden haben, die solche, die Redlichkeit zuweilen ernsthaft gefährdende Verwirrungen im Namen der Wahrheit öffentlich klargestellt haben.“

Gegen falsche Verkündung

Dr. Wilhelmi, der der Synode von Hessen und Nassau vorsteht, bezeichnete insbesondere die Behauptung von Kirchenpräsident D. Niemöller, die Kirche müsse vom Evangelium her zu politischen Fragen Stellung nehmen, als irreführend, weil kein Pfarrer und kein Kirchenpräsident das Recht habe, im Namen der Kirche zu derartigen Fragen Stellung zu nehmen. Es sei vielmehr Pflicht der Kirche, gegen jeden Pfarrer vorzugehen, der behaupte, die Teile des deutschen Volkes, die sich für eine eindeutige Entscheidung der Bundesregierung für den Westen einsetzten, würden unchristlich handeln.

Eine ebenso falsche Verkündung sei die Behauptung, die Bereitstellung von Truppen zum Schutze unseres Landes würde dem Evangelium widersprechen. Dr. Wilhelmi vertrat die Auffassung, daß gerade durch einen Verteidigungsbeitrag ein Krieg verhindert werde und daß gerade dadurch die Wiedervereinigung rascher herbeigeführt werden könne.

Unchristlich und unevangelisch dagegen sei nur die Aufgabe der 18 Millionen Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone und die Aufrichtung eines kommunistischen Regimes in der

Bundesrepublik, das eindeutig dem Christentum widerspreche.

Bezugnehmend auf die Versammlung von 500 hessischen Pfarrern in Frankfurt, erklärte Dr. Wilhelmi, daß man natürlich keinem Pfarrer eine politische Betätigung untersagen könne, soweit nicht Glaubensfragen verletzt würden. Jedoch seien alle Äußerungen, die sie im Rahmen einer solchen Tätigkeit machen würden, nur als persönliche Bemerkungen zu werten, und es sei Vorsorge zu treffen, daß man dabei nicht als „Kirchenvertreter“ zitiert werde.

Kirche — Konkurrenzorganisation der Parteien?

Pastor **Rehling**, Hagen, wandte sich gegen den Dortmunder Brief und sagte u. a.:

„An dem Dortmunder Brief habe ich formal zu bemängeln, daß eine sehr umstrittene politische Kundgebung mit dem amtlichen Kopf „Der Superintendent des Kirchenkreises Dortmund“ verteilt worden ist. Da auch solche Flugblätter mit der Post versandt sind und als Absender die „Superintendentur“ gestempelt hat, so liegt der Gedanke für jeden Außenstehenden nahe, daß hier Druckkosten und Portoauslagen für den Versand eines politischen Flugblattes aus Kirchensteuermitteln beglichen werden. Selbst wenn das nicht geschehen sein sollte, ist der Kopf dieses Flugblattes ein Skandal für die ganze Kirche, denn auch in dem Begleitschreiben des „Bruderrates“ wurde die Möglichkeit zugegeben, daß man in christlicher Verantwortung zu anderen Ergebnissen kommen könne.“

Staatliche Aufgaben werden in der Demokratie von politischen Parteien bearbeitet. Darum kann der sich für das Wohl seines Landes mitverantwortlich wissende Christ in eine politische Partei hineingehen, aber nicht dulden, daß Organe der Kirche Aufgaben politischer Parteien sich aneignen. Alle in politischen Parteien tätigen Christen stehen in besonderer Weise in der Versuchung, von ihrer eigenen politischen Konzeption aus zu denken und dann in der Heiligen Schrift ein zustimmendes Bibelwort zu suchen. Die Kirche aber hat den Dienst, „Säule und Fundament der Wahrheit“ zu sein. Ihr Wächteramt aber kann sie nicht ausüben, wenn sie ihre „Fremdlingsschaft“ preisgibt und selbst Organ politischer Willensbildung zu werden sich bemüht. So verrät sie den Dienst ihres Herrn, wird zur Konkurrenzorganisation politischer Parteien und wird auch von Rechts wegen als solche behandelt. So verliert sie ihre geistliche Autorität.

Thomas Münzer hat seinem armen, verführten und kaum bewaffneten Haufen vor der Schlacht von Frankenhäusen eine schöne, radikale, nur leider völlig schwarmgeistige Predigt gehalten über Psalm 3: „Ich fürchte mich nicht vor viel Tausenden, die sich umher wider mich legen. Auf, Herr, und hilf mir, mein Gott! Denn Du schlägst alle meine Feinde auf den Backen und zerschmetterst der Gottlosen Zähne!“ Und als dann noch ein Regenbogen am Himmel erschien, nahm er das als eine Bestätigung seiner nicht durch militärische Sachkunde beeinflussten Erwartungen. Das Gottversuchen hat sich noch immer vorgestellt als Radikalität des Glaubens

unter Verzicht auf Sachkunde. In der Politik hat das nicht den Frieden gefördert, sondern unsagbaren Jammer eingeleitet.

Der Christ geht seinen Weg hinein in die Welt, denn Gott ward Fleisch! Dort muß die Gemeinde dienen und sich bewähren als Licht und Salz. Das heißt: Das Schiff gehört ins Wasser, aber nicht das Wasser ins Schiff. Das Licht scheint in die Finsternis hinein, aber das Wesen der Welt soll nicht einbrechen in die Versammlung der Kinder des Lichtes. Solange der Christ im politischen Leben und in einer Partei die Möglichkeit hat, seines Glaubens zu leben und in der Prüfung seines Gewissens vor dem Worte Gottes zu handeln, mag er dort auch andern zur rechten Erkenntnis ihrer Pflicht und zur Ausübung ihres Dienstes helfen. Aber wo mit einer politischen Ansicht eine Zelle in der Kirche gebildet werden soll, setzt er sich zur Wehr.“

„Christentum und Waffendienst“

„Verträgt sich die Christusherrschaft mit Waffendienst in dieser Welt?“ lautete die Kernfrage einer „Evangelischen Woche“ in Dorstfeld. Obertitel der Vortragsreihe, die von Pastor Dr. Moderegger bestritten wurde: „Wer herrscht über unser Leben? Über unser Schicksal, unser Jugend- und Familienleben, unsere zerspaltene Welt und unsere Ewigkeit?“ Pastor Dr. Moderegger zum Thema Christentum und Wiederbewaffnung: „Wir treten für eine gleichmäßige Abrüstung ein, sehen aber in jeder einseitigen Verweigerung der Bewaffnung eine Bedrohung des Friedens!“ In diesem Sinne könne der Christ das 5. Gebot auch bei Waffengebrauch erfüllen, wenn er damit „seinem Nächsten hilft und ihm förderlich ist in seinen Leibesnöten“. Auch hier sei der Ort zur Bewährung christlicher Nächstenliebe in der Tat.

„Wir treten dafür ein, daß die Ordnungsmächte nach Zahl und Bewaffnung in der ganzen Welt gleichmäßig auf ihren notwendigsten Stand abgerüstet werden, sehen aber in jeder einseitigen Verweigerung der für eine Nation notwendigen Ordnungsmächte eine Gefahr für ihr Recht, ihre Freiheit und damit letztlich auch für den Frieden der Welt!“

„Klerikalisierung der Politik“

An Superintendent Heuner als Absender der Erklärung von Pfarrern der Dortmunder Synode richtete Frau Bundestagsabgeordnete Rehling einen Brief, in welchem es heißt:

„Ich bin jederzeit bereit, mich von den Dienern der Kirche an die große Verantwortung mahnen zu lassen, die ich als ein in der Politik tätiger evangelischer Christ in besonderem Maße trage. Ich bin aber Herrn Bischof D. Dibelius sehr dankbar gewesen, als er vor einigen Jahren erklärte, daß selbstverständlich Pfarrer in ihren Zusammenkünften aktuelle politische Probleme diskutieren könnten, es aber nicht möglich sei, daß sie für die Bewältigung einer konkreten politischen Situation einen bestimmten Vorschlag präsentieren. Das tun Sie aber im 2. Teil Ihres Skriptums, und ich verwahre mich in

aller Entschiedenheit dagegen, daß Pfarrer, ohne über die erforderliche Sachkenntnis zu verfügen, sich anmaßen, mir Ratschläge für meine politischen Entscheidungen zu geben. Ich kann für jedes Ja oder Nein, das ich in namentlicher Abstimmung zu Lebensfragen meines Volkes sage, nach Jahren noch zur Rechenschaft gezogen werden. Daher muß ich es auch als einen Angriff auf mein Verantwortungsbewußtsein betrachten, wenn von Pfarrern der Synode Dortmund versucht wird, mich durch völlig risikolose, sachlich nicht fundierte Stellungnahmen zu beeinflussen. Sie machen sich eines Übergriffes in ein fremdes Amt schuldig.

Wer von den Unterzeichneten hat die Londoner Akte und die Pariser Verträge durchgearbeitet? Wer hat sich die Mühe genommen, etwa die im Februar 1954 vom Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung veröffentlichten Reden und Dokumente über die Vierer-Konferenz in Berlin nachzulesen, um sich wenigstens einen kleinen Einblick in die Verhandlungsmethode der Sowjets zu verschaffen? Wer von Ihnen hat sich mit dem Studium der bolschewistischen Theoretiker, etwa eines Lenin, Chruschtschew, Brechnevschensky und Korowin befaßt, um nicht immer wieder dem gefährlichen Irrtum zu verfallen, daß der Bolschewismus in den Denkkategorien und sittlichen Vorstellungen des Westens verschlissen werden könnte? Es ist mir bekannt, daß Sie und viele der Unterzeichner der politischen Konzeption des Herrn Dr. Heinemann sehr nahe stehen, und ich kann mich des peinlichen Eindrucks nicht erwehren, daß hier der plumpe Versuch gemacht werden soll, in die evangelischen Gemeinden erneut die politischen Vorstellungen der „Gesamtdeutschen Volkspartei“ zu infiltrieren, die bei den Bundestagswahlen ein so klägliches Fiasko erlitt, weil die Gemeindeglieder sich in ihrem politischen Denken realistischer und klüger erwiesen, als jene mir aus dem Wahlkampf bekannten evangelischen Pfarrer, die sich als geborene Ortsgruppen- und Kreisleiter der oben genannten Partei empfanden und betätigten. . .

Abschließend möchte ich in aller Deutlichkeit feststellen, daß mir solch ein massiver und unverhüllter Versuch der Klerikalisierung der Politik, wie er in Ihrem Schreiben vorliegt, in meiner ganzen politischen Arbeit bisher noch nicht begegnet ist. Ich werde ihn als einen solchen in der Öffentlichkeit brandmarken, wo immer ich dazu Gelegenheit habe. Als evangelischer Christ bin ich ob der Tatsache, daß dieser Versuch aus dem Raume meiner Kirche kommt, auf tiefste Beschämung, umso mehr, als der Schaden, der dem Ansehen der evangelischen Kirche in der Öffentlichkeit zugefügt wird, gar nicht groß genug eingeschätzt werden kann.“

Gegen Politik im theologischen Gewand

Zu einer Reihe privater Erklärungen kirchlicher Gruppen und Persönlichkeiten zu den Pariser Verträgen der Bundesrepublik, die z. T. den falschen Eindruck erwecken, als seien sie kirchlich legitimiert, nimmt der **Evangelische Ar-**

beitskreis der CDU des Rheinlandes folgendermaßen Stellung:

„Als evangelische Christen des politischen Lebens sind wir dankbar für jedes erleichternde, überzeugende, gemeinsame Wort der Kirche zur Lage, wenn es echten Verkündigungscharakter hat. Was wir aber zu unserem Schmerz hören, ist nicht ein solches Wort, sondern sind politische Meinungsäußerungen verschiedenster Art von Vertretern der Kirche, die sich z. T. sogar einer Form bedienen, die beschämend ist. Auf diese Ebene können und dürfen wir uns nicht begeben.

Noch schmerzlicher ist, daß ungeistliche Äußerungen politischen Ermessens sich in ein theologisches Gewand hüllen, um die evangelischen Christen in ihrem Gewissen zu treffen, die nach ernstem und gewissenhaftem Abwägen des echten Für und Wider mit gutem Gewissen die politische Linie der Pariser Verträge vertreten.

Wir glauben, unseren andersdenkenden Brüdern in der evangelischen Kirche die Mahnung schuldig zu sein, die politischen Meinungsverschiedenheiten wenigstens nicht zu einer Kluft in der Gemeinde werden zu lassen. Auf diesen gefährlichen Wegen möchten wir ihnen nicht folgen.“

„Akt der politischen Vernunft“

Der Herausgeber der in Paris erscheinenden „Réforme“, Pastor Albert Finet, setzt sich mit entrüsteten Kritikern auseinander, die dem Blatt das Eintreten für die Westverträge vorgeworfen hatten. Es sei skandalös, so hieß es u. a. in den Zuschriften an Pastor Finet, daß ein „christliches“ Blatt die Wiederbewaffnung Deutschlands befürworte.

Pastor Finet lehnt es ab, die Entscheidung für oder wider die Verträge als eine Sache des Glaubens zu betrachten; es handelt sich für ihn vielmehr um einen Akt der politischen Vernunft. Zu der Opposition aus kirchlichen Kreisen stellt Pastor Finet fest, daß wohl 200 rheinische Pfarrer gegen die Verträge Stellung genommen hätten, seines Wissens aber nicht die verantwortlichen Leiter der deutschen evangelischen Kirche. Eingehend legt Pastor Finet dar, daß die Verträge als Ganzes zu werten seien; die Frage der westdeutschen Wiederbewaffnung könne nicht isoliert betrachtet werden. Die wehrpolitischen Planungen der Westmächte hält Pastor Finet im Blick auf die militärische Stärke der Sowjetunion und ihrer Satelliten für notwendig. Er wolle die Sowjetunion nicht der Kriegsvorbereitungen beschuldigen, aber die Zahl der russischen Divisionen und Flugzeuge verbiete es, die Moskauer Friedenspropaganda kritiklos hinzunehmen. Abschließend stellt Pastor Finet die Verträge unter die Perspektive einer kommenden politischen Einigung Europas: Das Vertragswerk enthalte Maßnahmen, die einer fortschreitenden Integration Europas und einer Aussöhnung Frankreichs mit Deutschland dienen könnten.

DIE KIRCHE - HORT DES "OHNE MICH"?

von Bundestagspräsident D.Dr. Eugen Gerstenmaier

Durch das Scheitern der EVG im französischen Parlament sind wir vor die Notwendigkeit gestellt worden, uns erneut mit der Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages auseinanderzusetzen. Die allgemeinen politischen und gedanklichen Voraussetzungen dieser Auseinandersetzung sind dieselben geblieben wie bei der EVG, abgesehen davon, daß die deutsche Nationalarmee im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis kein Teil eines integrierten europäischen Verteidigungssystems, sondern Partner einer neuen Militärallianz sein wird. Man müßte es begrüßen, wenn diesem Unterschied in der deutschen Öffentlichkeit und in der Diskussion über die deutsche Wiederbewaffnung Bedeutung zugemessen würde. Aber bis jetzt hat dieser Unterschied in der öffentlichen Auseinandersetzung, die nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge am 23. Oktober 1954 wieder begann, eine bedauerlich geringe Rolle gespielt. Es formierte sich einfach die zweite Welle der alten "Ohne-mich"-Bewegung. Sie brachte weder neue Argumente noch neue Forderungen. Sie wiederholte nur, was uns aus den Tagen der Auseinandersetzung mit Heinemann, Wirth, Niemöller und jenem sozialistischen Flügel geläufig ist, der sich schon der Schumacher'schen Parteidisziplin niemals ganz unterworfen hat und der dem jetzigen Parteiführer der SPD erst recht nicht zu folgen bereit ist.

Die Bundestags- und Landtagswahlen von 1953 und 1954 haben erwiesen, daß die überwältigende Mehrheit des evangelischen Kirchenvolkes nicht bereit und nicht willens ist, sich der "Ohne-mich"-Welle anzuschließen. Auch Aufrufe, wie sie z.B. der Superintendent des Kirchenkreises Dortmund am 8. November 1954 und andere prominente Männer der evangelischen Kirche in die Welt gehen ließen, haben daran nichts zu ändern vermocht. Diesen Appellen ist in der Öffentlichkeit nur ein schwaches Echo zuteil geworden. Innerhalb der evangelischen Kirche hat man sich weitgehend damit abgefunden, daß einzelne Gruppen und Grüppchen sich auf dieser Linie politisch bewegen. Man hat sich damit abgefunden, daß Heinemanns politische Tätigkeit in ihnen ihre eigentlichen Ansatzpunkte besitzt, und man ist bereit zu konzedieren, daß die meisten dieser Pfarrer und "kirchlich aktiven Laien" es herzlich gut mit Volk und Menschheit meinen. Aber es hat sich auch in der Öffentlichkeit - soweit sie überhaupt auch nur mit einem Ohr davon Kenntnis nimmt - herumgesprochen, daß solche Gruppen und Grüppchen nicht die Kirche sind, ja, daß sie selbst dann in dieser Sache ohne kirchliche Legitimation sprechen, wenn sie - so wie es der Superintendent von Dortmund getan hat - mit amtlichem Briefkopf und Titel dabei in Erscheinung treten. Gelegentlich stutzt man, wenn man neben den bekannten Parteigängern Heinemanns auch neue Namen findet, von deren Trägern man ihres kirchlichen Amtes wegen größere Distanz und Zurückhaltung erwartet hätte.

Es ist klar, daß sich die Christlich-Demokratische Union und in ihr wiederum der Evangelische Arbeitskreis von diesen Aufrufen unmittelbar angesprochen fühlen. Es mag sein, daß wir manchem der Unterzeichner, vielleicht auch der Mitverfasser, dieser Aufrufe unrecht tun, wenn wir sie nur als einen politischen Angriff auf die von uns vertretene Politik verstehen. Ihrer politischen Wirkung nach werden sie - gleichgültig, ob dies beabsichtigt ist oder nicht - alle darauf hinauslaufen. Aber es ist dennoch nicht richtig, diese Absicht jedem, der sich an einer solchen Aktion beteiligt, zu unterstellen. Wenn man z.B. die Unterschriften unter dem von dem Pfarrer Lemp in Nellingen/Württ. verfaßten "Wort zur Wiederaufrüstung - Was nun?" prüft, dann muß man ohne weiteres sagen, daß unter den Unterzeichnern mindestens ebenso viele Leute sind, die es mit der CDU und ihren grundsätzlichen Anliegen "gut meinen", wie sich schärfste Gegner darunter befinden, die geneigt sind, die CDU als subtile Erfindung des Satans zu verdammen. Ähnliches läßt sich von anderen Aufrufen sagen. Wir sollten schon deshalb vorsichtig sein bei der Beurteilung dieser Schriftstücke und ihrer Unterzeichner.

Und noch mehr: Wir müssen bereit sein - auch wenn es uns politisch oder stimmungsmäßig gar nicht paßt -, uns auf den Kern der Sache hin immer wieder anreden zu lassen. Wir müssen das sein, auch wenn es uns allmählich langweilig wird, immer wieder zu erklären und auseinanderzusetzen, warum wir die politische Entscheidung gestern für die EVG und heute für die Pariser Verträge auch als Christen zu vertreten und zu verantworten gedenken. Keine Mißdeutung, ja, nicht einmal die immer wiederholte Unterstellung, als ob wir es mit dem Frieden weniger genau nähmen als die wortfreudigen Verfasser der verschiedenen Appelle, darf uns davon abbringen.

Durch die meisten dieser Worte, Rufe und Appelle zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke, daß dem gefährlichen Hang, in der Macht und Gewalt das Heil zu sehen, ernstlich widerstanden werden müsse. Damit verbindet sich die seltsam ungeprüfte Vorstellung, daß nicht nur der Bundeskanzler, sondern die Mehrheit des Parlaments in einer höchst fatalen Weise in der Wiederbewaffnung als solcher das Heil Deutschlands erblicke. Der Gedanke, daß die Bundesregierung und das Parlament - soweit es die Verantwortung dafür zu übernehmen willens ist -, daß insbesondere die Christlich-Demokratische Union nur unter dem zwingenden Druck einer schweren Verantwortung für die Freiheit und die Sicherheit unseres Volkes der Wiederbewaffnung zustimmen, ist in all diesen Appellen kaum andeutungsweise zu finden. Dagegen wird uns, die wir die Narben zweier Kriege und der Tyrannei an unseren Leibern tragen, gesagt, daß "alle Methoden des Mißtrauens, der Drohung und der Gewalt" uns nicht schützen können. Da wird die "soziale Gerechtigkeit", die "Politik des Ausgleichs, der Verständigung und des Vertrauens"

gegen unser Bemühen gesetzt, das darauf ausgehe, "mit Hochdruck daran zu arbeiten, daß Deutschland bald wieder Soldaten, Kasernen und Panzer" erhalte. Es hat wenig Sinn, sich auf eine solche Diskussionsstellung einzulassen. Daß Korea, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen und die Baltischen Provinzen auch mit noch so guten Sozialgesetzen nicht vor den Kosaken gerettet wurden, läßt den Verfasser jenes "Wortes" völlig unberührt. Es kommt ihm überhaupt nicht in den Sinn, einen Augenblick darüber nachzudenken, was im Frühjahr 1947 Griechenland vor der Einbeziehung in den russischen Satellitengürtel bewahrt hat. Daß das nicht das freundliche Zureden, sondern die Drohung des damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten mit den Waffen gewesen ist, darf dem Pfarrer Lemp in Nellingen so wenig bedeuten wie die Erfahrung, die die Welt mit dem idealen Statut der Vereinten Nationen machen mußte. Daß das bloße Vertrauen auf dieses Statut und den Erfolg des freundlichen Zuredens Millionen mit dem Verlust der Freiheit und Tausende mit dem Leben bezahlen mußten, bleibt in diesem eitlen Rezept ganz außer Betracht.

Es ist wahr: die Welt ließe sich auch ohne neue Armeen denken, und zwar besser denken. Es ist eine Katastrophe der Menschheit, daß die ganze schöne Friedensordnung, wie sie in dem Statut der Vereinten Nationen ihren Niederschlag gefunden hat, zum größeren Teil bis heute eine Theorie geblieben ist. Es ist keineswegs selbstverständlich, daß über den Schlachtfeldern und Massengräbern zweier Weltkriege neue Armeen mit neuen, schrecklichen Waffen aufgestellt werden müssen. Niemand braucht uns erst noch zu sagen, daß diese Entwicklung beklagenswert ist, und niemand braucht uns daran zu erinnern, wieviel besser und schöner es wäre, wenn die Völker Europas ohne Wehr und Waffen in die Zukunft gehen könnten. Die unausweichliche Zwangslage, in der wir uns befinden, sollte darum kein Tummelplatz sein für vielleicht wohlmeinende, aber zumindest undurchdachte politische Ratschläge oder für prätentiose Ansprüche und Vorwürfe. Diese Lage sollte uns vielmehr erneut über die furchtbare Gewalt dessen belehren, was die Kirche im persönlichen wie im kollektiven geschichtlichen Zusammenhang Sünde nennt. Über ihre Realität können wir uns nicht hinwegträumen. Wir müssen uns mühsam und oft qualvoll, im Alltag einer bitteren Verantwortung für uns selbst, für unser Volk und den Geschichtszusammenhang, in dem wir stehen, damit auseinandersetzen. Wir tun das nicht so, daß wir meinen oder vorgeben, im Osten sei alles schwarz und im Westen alles weiß. Wir predigen auch keinen Kreuzzug - im Gegenteil. Aber wir widersetzen uns entschieden jener Überheblichkeit, die die Unterschiede zwischen der Welt der Tyrannei und der Welt der Freiheit ignoriert oder bagatellisiert. Die Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß es auch im Bereich der freien Welt genug Gewalt und Unrecht gibt. Jedoch nach dem, was unsere Generation gesehen und erfahren hat, sollte es keines Wortes mehr darüber bedürfen, daß dennoch ein fundamentaler Unterschied zwischen der Welt des totalitären

Zwangsstaates und der des freiheitlichen Rechtsstaates besteht. Es ist für die Einäugigkeit vieler dieser angeblich kirchlichen Appelle kennzeichnend, daß in ihnen weder der unübersehbare Unterschied zwischen Ost und West in Sachen des Rechts und der Freiheit noch die Zwangslage, in der wir uns befinden, und gleich gar nicht die Friedensliebe und Friedenssehnsucht derer in Erscheinung treten, an die sie ihre Polemik und ihre Ermahnungen adressieren. Ist es dann verwunderlich, wenn den meisten dieser Appelle aus dem "evangelischen Raum" nachgesagt wird, daß sie eben doch nicht in erster Linie einem wahrhaft kirchlichen oder christlichen Anliegen, sondern der polemisch-politischen Tendenz entspringen, für die z.B. die Rede Karl B a r t h s , die er am 14. November 1954 in Wiesbaden auf Einladung der Hessischen Landesregierung gehalten hat, ein massives Vorbild ist. Seine sublimen Feindschaft gegen die CDU und ihren Vorsitzenden, sein tiefer, aller Liebe barer Vorbehalt gegen Deutschland schlechthin machen diesen Baseler Professor denkbar ungeeignet dafür, den Deutschen als Prophet und Lehrer vorgestellt zu werden.

Aber auch die massive und in der Form verletzende p o l i t i s c h e Verurteilung kann und muß im politischen Kampf, wenn auch nicht widerspruchsfrei, ertragen werden. Was jedoch nicht hingenommen werden kann und darf, ist die zuweilen ganz unbedenklich vollzogene, häufiger aber im Zwielficht bleibende Identifizierung dieser "Worte" und Appelle mit der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die Christlich-Demokratische Union sollte zunächst auch daraus eine Nutzenanwendung für ihr eigenes Verhalten ziehen: Wo das Gebot Gottes und die von der Kirche anerkannten Ordnungen es nicht ganz unzweifelhaft erlauben oder gebieten, da sollten wir davon absehen, die Kirche und ihre Autorität für irgendetwas in Anspruch zu nehmen, was uns politisch notwendig, zweckmäßig oder wünschenswert erscheint. Die CDU hat nichts davon, wenn sie den Versuch macht, die Kirche für irgendetwas zu engagieren, was nicht ohne jede Frage christlich geboten ist. Die Stimme der CDU darf nirgends weniger zweideutig, zwielfichtig und mißverständlich sein. Die CDU darf insbesondere nicht von sich aus den Eindruck erwecken, als ob sie eine bevorzugte politische Organisation der Kirche sei. Sie ist eine freie, keiner kirchlichen Autorität unterworfenen Gemeinschaft mündiger Christen. Nicht mehr, nicht weniger! Vornehmlich der evangelische Teil der CDU darf diese Mündigkeit nicht in Frage stellen lassen im Namen des höheren theologischen Sachverständes. Es ist ein fataler Zug in den meisten der angeführten "Worte", daß sie politisch dilettantisch und in der Exegese kirchlicher Verlautbarungen, wie etwa der Synode von Weißensee oder der Weltkirchenkonferenz von Evanstone, mindestens unexakt oder einseitig sind. Umgekehrt sollten wir nicht den Versuch machen, die Theologie zur politischen Hilfswissenschaft zu degradieren. Unter keinen Umständen darf die Autorität der verfaßten Kirche und ihrer Organe in Anspruch genommen werden, wenn es sich darum handelt, eine politische Konzeption

durchzusetzen, die unter Christenmenschen nun einmal verschieden beurteilt werden kann.

Auf der anderen Seite aber ist es an der Zeit, daß wir nicht nur als eine politische Gemeinschaft mündiger Christen, sondern als Glieder unserer Kirche unsere Stimme gegen die manchmal stille, manchmal auch gar nicht stille Zwiegesichtigkeit und Zwieligkeit erheben, in der die meisten dieser gegen uns gerichteten politischen Attacken sich der Mitwelt darbieten. Sie sind fast durchweg so angelegt, daß sie den Unterzeichnern im Falle der Klage die Möglichkeit geben, sich darauf zurückzuziehen, daß sie nicht namens der Kirche und ihrer verantwortlichen Organe geschrieben und ergangen seien. Andererseits sind sie jedoch - bewußt oder unbewußt, gewollt oder ungewollt - so formuliert, daß sie in der Öffentlichkeit und in den Gemeinden gelesen und verstanden werden als eine kirchliche Verlautbarung - eben als das, was man seit Jahr und Tag als "Wort der Kirche" bezeichnet. Wir müssen als Mitglieder der CDU wie als Glieder unserer Kirche dafür dankbar sein, daß sich immer wieder Kirchenführer gefunden haben, die solche, die Redlichkeit zuweilen ernsthaft gefährdenden Verwirrungen im Namen der Wahrheit öffentlich klargestellt haben. Ein Beispiel dafür hat soeben Bischof D. Halfmann von Schleswig-Holstein gegeben (siehe S.13 dieser Ausgabe - Die Red.).

Es ist charakteristisch, daß weder der Schriftbeweis, noch eine Entscheidung der reformatorischen Bekenntnisse, noch das persönliche Zeugnis des Heiligen Geistes im allgemeinen für die uns heute beschäftigenden politischen Aktionen aus dem kirchlichen Raum in Anspruch genommen werden, sondern daß man sich auf Beschlüsse von Synoden und anderen größeren oder kleineren kirchlichen Konferenzen beruft. Die Methode dieser Berufung ist immer die gleiche. Sie besteht darin, daß legitime kirchliche Verlautbarungen einer einseitigen, gelegentlich willkürlichen Interpretation unterworfen werden, die von der betreffenden Synode oder der Weltkirchenkonferenz keineswegs gemeint oder gewollt wurde. Die Botschaft der Weltkirchenkonferenz von Evanstone vom Sommer 1954 können wir zumindest mit demselben guten Gewissen unterschreiben wie der Superintendent des Kirchenkreises Dortmund und seine Amtsbrüder. Sie besagt nichts, aber auch gar nichts gegen die Intentionen, die Motive und Zielsetzungen der von der Bundesregierung und der CDU vertretenen Politik. Ähnliches gilt von der Essener Erklärung des Rates der EKD von 1950 und den Beschlüssen der Synode von Weißensee. Denn unser Thema ist nicht die Wiederholung militärischer Gewaltpolitik, sondern allein der Schutz der Freiheit und der Sicherheit des unserer Verantwortung anbefohlenen Volkes. Was dafür notwendig ist, das muß geschehen, gleichgültig, ob es uns leicht oder schwer fällt. Der deutsche Verteidigungsbeitrag fällt uns nicht leicht; aber weil die Freiheit und die Sicherheit Deutschlands ihn heute unabweisbar von uns verlangen, werden wir ihn erbringen.

Als Christen müssen wir es uns gefallen lassen, in unserem politischen Tun auf die letzten Maßstäbe christlicher Verantwortung angesprochen zu werden. Wir müssen uns das gefallen lassen, gleichgültig, ob die verfaßte Kirche, ob Einzelne oder Gruppen uns auf die Grundlagen, Motive und möglichen Wirkungen unserer politischen Entscheidung hin befragen. Wir müssen zur Verantwortung darüber gegen jedermann bereit sein. Aber es ist auch unser gutes Recht, ja unsere Pflicht, darauf zu halten, daß das christliche Wort nicht zwielichtig zur politischen Waffe entwürdigt wird. Dies eben ist es, was in den Dokumenten der "Ohne-mich"-Bewegung aus dem Raum der evangelischen Kirche das christliche Gewissen bedrückt und die politische Auseinandersetzung unchristlich verbittert.

KIRCHLICHER NEUTRALISMUS

von Professor D.Dr. Helmut Thielicke

Dieser Beitrag enthält auch kritische Ausführungen gegen politische Freunde von uns. Wir veröffentlichen ihn gerade deshalb, weil uns bei den zur Debatte stehenden ernstesten Fragen an einem echten Gespräch gelegen ist, das von dem Bemühen um gegenseitiges Verständnis getragen werden muß.
Die Red.

Die aus manchen Kreisen der evangelischen Kirche immer wieder geäußerten Bedenken gegen eine westdeutsche Wiederbewaffnung, die Synodal- und Bruderschaftsbeschlüsse, die Appelle an die Öffentlichkeit und an die Bundestagsabgeordneten rühren an theologische Grundsatzfragen, die ich in meiner Schrift "Die evangelische Kirche und die Politik", Stuttgart, 2. Auflage 1954 (siehe "Evangelische Verantwortung" Nr.5/6, 1953, S.28 - Die Red.), ausführlich besprochen habe und die ich - da sie nur in gründlicheren Reflexionen zugänglich sind - in diesen wenigen Zeilen nicht noch einmal aufgreifen kann. Nur die Kernfrage, um die es dabei geht, sei nochmals berührt: daß die Kirche, wenn sie sich als Gesamtheit äußert, zwischen den Weisungen ihrer Botschaft und zwischen sachlichen Ermessensfragen unterscheiden muß.

In der Botschaft von Jesus Christus sind alle Glieder der Gemeinde gemeinsam angesprochen; in ihr und unter ihr w e r d e n sie überhaupt zur Gemeinde. In den sachlichen Ermessensfragen dagegen entscheiden sie unterschiedlich: Die Grade der Einsicht sind verschieden, die Beurteilungskriterien sind anders, das soziale und wirtschaftliche Milieu, das prägend auf jene Kriterien wirkt, ist ebenfalls buntscheckig. Nur angesichts Jesu Christi kann gesagt werden, daß "hier kein Jude und Griechen, kein Knecht und kein Freier sei"; ER umspannt sie

alle. In den sachlichen Ermessensfragen aber spielt dies alles eine gewichtige Rolle. Es wäre schwärmerisch und würde eine Vermengung der "beiden Reiche" zeugen, wenn man das übersehen wollte. Die gleiche Schwärmerei liegt vor, wenn man die in Christus gegebene Einheit der Gemeinde auch in einer Einheit j e n e r sachlichen Entscheidungen manifestiert sehen will, welche die Christen als Einzelne zu fällen haben. Dann kann es, ja, dann m u ß es zur Häresie werden, wenn eine Gruppe von Christen etwa die sachliche Entscheidungsfrage "Wiederbewaffnung" in einem anderen Sinne beantwortet, als irgendwelche kirchlichen Gremien es gefordert haben. Dann wird der Leib Christi zerrissen. Er wird, genauer gesagt, nicht dadurch zerrissen, daß man seinem Haupte abspricht, das Haupt zu sein; sondern er wird dadurch zerrissen, daß man sich in weltlichen Fragen nicht einigen kann.

In diesem Denken liegt aber noch ein weiterer Fehler. Wenn man die These vertritt, daß Christsein bedeute, auch ganz bestimmte politische Entscheidungen fällen zu müssen, so gibt es für die Gruppenbildung im politischen Raum nur zwei Möglichkeiten:

E n t w e d e r man ist gezwungen, überhaupt jedes gemeinschaftliche Handeln mit Nicht-Christen oder mit Christen anderer Prägung abzulehnen. Denn einen Raum der "Sachlichkeit", innerhalb dessen gemeinsame vernünftige Entscheidungen von Menschen verschiedenen Glaubens gefällt werden können, gibt es dann nicht. Der Schwärmer ist darum auch ein politischer Sektierer - wenn er konsequent ist. Der Entwurf Luthers über eine Lehre von den beiden Reichen (von mehr als einem "Entwurf" wage ich, wie vielleicht einige wissen, nicht zu sprechen) hat unter anderem seine Bedeutung auch darin, daß er echte Weltlichkeit begründet und damit ein Zusammenwirken von Christen und Nicht-Christen ermöglicht. Mir hat noch niemand klarmachen können, wie außerhalb dieser Lehre von den beiden Reichen oder außerhalb der - im übrigen entscheidend andersartigen - katholischen Naturrechtslehre eine gemeinsame Basis weltlichen Handelns für Christen und Nicht-Christen zu finden ist. Sind sich die im Namen theologischer Argumente gegen eine Wiederbewaffnung sprechenden Mitchristen darüber im klaren, welche grundsätzlichen Folgerungen sie eigentlich zu ziehen hätten?

O d e r - und das ist die andere Möglichkeit, besser: die andere Unmöglichkeit - man vergißt, daß man bestimmte politische Forderungen im Namen der C h r i - s t e n h e i t erhoben hatte, und sucht nun dadurch zu politischer Wirksamkeit zu gelangen, daß man windige und unseriöse Allianzen mit solchen Gruppen eingeht, die aus ganz anderer Motivation zu dem gleichen politischen Konzept gekommen sind.

Beide Formen der Alternative finden wir unter uns reichlich verwirklicht.

Ich möchte jedoch heute diese grundsätzlichen Fragen nur angedeutet haben. Was mir angesichts der verschiedenen Stellungnahmen zur Frage der Wiederbewaffnung

im Augenblick am wichtigsten zu sein scheint, ist die Aufgabe einer genaueren Differenzierung:

Man hat schon mit einer allmählich langweilig wirkenden Monotonie darauf hingewiesen, daß es sich bei jenen Stimmen nicht um "die" evangelische Kirche, sondern um "Außenseiter" handele. Damit macht man sich aber die Frage zu leicht und dispensiert sich vorschnell von dem ernststen Gewissensappell, der wenigstens in einem Teil dieser Äußerungen laut wird. Genausowenig, wie es hier um "die" evangelische Kirche geht, geht es auch um "die" Außenseiter. Es geht vielmehr um einen in sich ganz heterogenen Komplex kirchlicher Gruppen. Ich glaube, im wesentlichen drei solcher Gruppen zu erkennen. Wenn ich sie zu unterscheiden versuche, dann tue ich das nicht aus einem kulturanalytischen Interesse, sondern weil mir daran liegt, daß man ihnen gegenüber von politischer und von kirchlicher Seite keine pauschalen Verdammungsurteile fällt, sondern sie in sehr verschiedenem Grade ernst nimmt:

Die erste Gruppe besteht aus solchen Männern, die von einer bestimmten politischen Konzeption her kommen - oft von einer stark rötlich gefärbten - und deren eigentliche Leidenschaften auch hier ihren Herd besitzen. Das, was sie theologisch zu sagen haben, wirkt als nachträglicher "Überbau" zu bestimmten politischen Thesen, um die es ihnen letztlich geht. Mit diesen Thesen pflegt - begreiflicherweise - ein heftiges und äußerst aggressives Ressentiment gegenüber allem (nicht nur ideologisch, sondern auch reell) Westlichen verbunden zu sein. Mit dieser Gruppe wird man theologisch schwer reden können, da sie ihre eigentlichen Impulse aus ganz anderen Bereichen bezieht.

Die zweite Gruppe setzt sich aus solchen Theologen und Christen zusammen, die der Bergpredigt die These eines konsequenten Pazifismus entnehmen, die also in den radikalen Forderungen der Bergpredigt nicht ein eschatologisches Korrektiv gegenüber allen rechtlichen und moralischen Ordnungen dieses Äons, sondern die Satzung einer Weltordnung selbst sehen. Ich halte diese Interpretation der Bergpredigt für prinzipiell falsch. Und doch gestehe ich, daß es wohl auch einen positiven Sinn hat, wenn unter uns eine Gruppe ehrlicher und überzeugter Pazifisten lebt: Sie sind immerhin so etwas wie ein Mahnmal daran, daß diese Welt mit ihren Kriegen und ihren Gewaltherrschaften nicht in Ordnung ist. Solche Mahnmale muß es wohl geben. Denn wir Menschen neigen dazu, uns mit dem Sündenfall abzufinden und über der These von dem möglicherweise "gerechten Krieg" zu vergessen, daß auch das, was wir in unserer Welt als "gerecht" bezeichnen, angesichts des Jüngsten Gerichtes eine sehr fragwürdige, eben eine gefallene Form der Gerechtigkeit ist.

Die dritte und vielleicht ernsthafteste Gruppe, die in diesem - sehr vergrößernden und noch durch viele Nuancen zu ergänzenden - Schema zu nennen wäre,

ist etwa jene Gruppe von Persönlichkeiten, die unter dem 8. Dezember 1954 an alle Bundestagsabgeordneten schrieb und die auch von Fritz Erler in der Debatte des Bundestages anlässlich der Ersten Lesung der Pariser Verträge besonders akzentuiert wurde.

Wenn ich diese Männer, von denen ich einen Teil aus der Zeit des Kirchenkampfes kenne, die ich hoch achte und an deren sachlichem Willen kein Zweifel ist, reueverstehe, dann sind sie von einer echten Gewissensnot getrieben. Die Art, wie diese Gruppe in der erwähnten Bundestagssitzung von Abgeordneten aus den Reihen der CDU/CSU in diffamierender Weise verharmlost wurde - das bitte ich hier offen aussprechen zu dürfen -, hat mich sehr erschreckt, weil in jenen Zwischenrufen und -fragen deutlich wurde, wie sehr man im politischen Tageskampf die Unterscheidung der Geister verlernt und die dringend notwendige Differenzierung zwischen den einzelnen Gruppen nicht mehr vornimmt. Es genügt offenbar, in der Liste der Unterzeichner den einen oder anderen - vielleicht tatsächlich fragwürdig gewordenen - Namen zu entdecken, um sofort den Akt einer geistigen Liquidierung zu vollziehen. Der Hinweis des Bundeskanzlers, daß auch er solche Gewissensnöte kenne, war jedenfalls ungleich würdiger. Er wirkte erschütternd - und versöhnend.

Ich habe das erwähnte Schreiben nicht unterzeichnet, weil ich seine Argumentation für falsch halte. Aber die Gewissensnot, die sich hier äußert, ist auch meine. Sie wird durch die Ungeheuerlichkeit hervorgerufen, nach der Schändung der deutschen Waffen durch Hitler, nach allen ehrlich gefaßten Vorsätzen, keinem Militarismus mehr zu frönen, keinen dubiosen und unkontrollierbaren Hintermännern mehr ins Garn zu gehen und sich der vernichtenden und selbst erfahrene Zerstörungskraft eines modernen Krieges nicht mehr zur Verfügung zu stellen, - nach alledem nun doch wieder in die Lage versetzt zu sein, militärisch handeln zu müssen. Hinzu kommt noch die Gewissensnot, die sich angesichts des politischen Wagnisses einer solchen Handlungsweise (etwaige Reizung der Russen, etwaige Vertiefung des deutschen Zwiespalts) ergibt. Ich glaube einfach, für ein Verständnis jener Männer werben zu müssen, wenn ich sage, daß sie erschreckt sind darüber, wie der wirtschaftlich florierende Westen sich weithin über alles dies innerlich hinwegsetzt und wie er der Gefahr zu erliegen droht, den bolschewistischen Osten nur noch als einen Machtfaktor zu werten, dem man eben durch ein entsprechendes Potential begegnen müsse, daß man ihn aber nicht mehr als eine Anfrage versteht, ob der Westen denn innere Vollmachten besitze, um der bolschewistischen Ideologie gewachsen zu sein, und ob es in dieser Auseinandersetzung nicht um mehr gehe, als um die Selbstbehauptung des eigenen materiellen Lebensstandards.

Alle diese Fragen können nicht genau genug gehört werden. Und es ist beschämend

daß ein sozialistischer Abgeordneter die berechtigte Frage stellen konnte, ob denn eine Partei, die das Wort "christlich" in ihrem Namen trage, diese Männer für einen unmündigen Teil unseres Volkes halten wolle.

Manche Leser werden inzwischen aufgehört haben weiterzulesen, weil ihnen die Polemik gegen sich selbst in ihrem eigenen Blatte nicht gefällt. Ich wäre dann froh darüber, wenn sie so aufgehört hätten, weil sie sonst die folgenden kritischen Anfragen an jene Unterzeichner vielleicht wieder zu billig in die Tasche stecken würden.

Denn hier sind tatsächlich kritische Fragen zu stellen. Die Konsequenz nämlich, welche die Unterzeichner ziehen: daß man über eine solche Gewissensfrage eine Volksabstimmung herbeiführen müsse, erscheint mir ganz abwegig. Wie sollte sich eine Gewissensfrage dadurch lösen lassen? Eine alte politische Weisheit sagt, daß man über Steuerfragen keine Volksabstimmungen halten dürfe - und zwar einfach deshalb nicht, weil hier der Egoismus in einer Weise engagiert sei, die eine sachliche Entscheidung unmöglich mache. Dafür sollen eben die besonders verpflichteten, besonders verantwortlichen und im Durchschnitt auch - trotz aller oft traurigen Erfahrungen und trotz mancher betrüblicher Versager! - politisch reiferen Abgeordneten zuständig sein.

Die Parallele einer Steuerabstimmung zu einer Abstimmung über die Wiederbewaffnung ist allzu offensichtlich. Sieht man das ein, so erkennt man nur noch zwei Möglichkeiten für eine solche Abstimmung:

E n t w e d e r das Volk würde an den Wahlurnen "Nein" zur Wiederbewaffnung sagen. Es ist wohl keine zu gewagte Diagnose, wenn ich meine, daß diese Nein-Stimmen sich nur zu einem kleinen Bruchteil aus solchen Kreisen rekrutieren würden, die von einer seriösen Gewissensnot bedrängt sind. Das weitaus größere Stimmenkontingent würde sich fraglos aus "Ohne-mich"-Leuten, aus Zauderern, Ängstlichen oder auch in einem tieferen (aber deshalb doch nicht einfach sachlichen) Grunde "Besorgten" zusammensetzen. Würden dadurch aber nicht alle diejenigen, die trotz aller Gewissensnöte glauben, um des Friedens willen ein militärisches Vakuum in Mitteleuropa beseitigen zu müssen, in eine neue Gewissensnot gestürzt werden, weil sie unser Land schutzlos dem Zugriff des östlichen Vampyr preisgegeben sähen?

O d e r aber das Volk sagt "Ja" zur Wiederbewaffnung. Wäre dann die Gewissenssituation jener Unterzeichner im geringsten anders? Würden sie dann nicht im Namen ihres Gewissens den Vorwurf der Majorisierung erheben müssen?

So würde ich also sagen, daß die Unterzeichner des genannten Aufrufs aus der Tatsache ihrer Gewissensnot die f a l s c h e realpolitische Folgerung ziehen. Das Gewissen des echten Kriegsdienstverweigerers darf sich nicht durch eine völ-

lig illegitime Volksabstimmung schützen wollen, um dann nur einem Komplex fragwürdigster Motive zu einem heuchlerischen Feldzeichen zu verhelfen und die Verwirrung der Geister komplett zu machen. Das Gewissen des echten Kriegsdienstverweigerers muß sich vielmehr unter dem Druck sachlicher Entscheidungen, die über seinen Kopf hinweg gefällt werden, bewähren. Es muß sich z.B. dadurch bewähren, daß es gegebenenfalls leidet. Ich kann ja auch sonst als Seelsorger gewissenmäßig in die Lage kommen, daß ich jemandem raten muß, etwas zu tun, was einem Gesetz widerspricht, und damit mich selbst der Rache der Gerechtigkeit aussetzen. Das muß ich dann eben tragen. Es wird sogar eine zeichenhafte Bedeutung haben, wenn es solche Kriegsdienstverweigerer gibt. Nur besteht sie nicht in der Zielsetzung, sich einen Verfassungsschutz zu verschaffen.

Das alles führt wieder an sehr grundsätzliche Fragen heran. Daß ich ihnen nicht ausweichen möchte, habe ich wohl durch entsprechende Publikationen bewiesen; und gerade der zweite Band der Theologischen Ethik, der vor dem Erscheinen steht, beschäftigt sich auf vielen hundert Seiten damit. Hier kam es mir nur darauf an, einige Fragen zu skizzieren, die durch Manifeste aus dem Raum der evangelischen Kirche aufgebrochen sind; und ich schließe mit der nochmaligen doppelten Bitte:

E i n m a l die Gruppen zu unterscheiden, in denen eine Opposition gegen die Wiederbewaffnung besteht; und z u m a n d e r e n bei einer oder bei einigen dieser Gruppen die echte Gewissensfrage nicht zu überhören, auch wenn sie mit einer politischen Konzeption verbunden ist, die dem einen oder anderen als nicht annehmbar erscheint. Im letzten Grunde sollten wir uns über jeden freuen, der eine Gewissensfrage in die politische Debatte wirft. Haben die Leute, die das tun, wirklich nur der politischen Maschinerie Öl entzogen, das sie für ihren reibungslosen Lauf braucht? Haben sie mit jenen hemmenden Fragen nur Sand hingestreut? Oder hüten sie sich vielleicht nur, Öl in verhängnisvolle Feuer zu gießen, und sind bemüht, Sand in diese F e u e r zu werfen? Man halte jedenfalls die nicht für unmündig, die zwischen dieser Maschinerie und diesen Feuern stehen!

"DIE STIMME DER GEMEINDE" IST NICHT DIE STIMME DER GEMEINDE

Bischof D. Halfmann gegen politischen Mißbrauch der Kirche

"Ich sehe mich nicht in der Lage, eine Kundgebung an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu richten, wie es kürzlich eine Gruppe von evangelischen Kirchenführern, Professoren und Synodalen getan hat" - erklärt der Bischof für Holstein, D. Wilhelm Halfmann (Kiel), in seinem Antwortschreiben an ein Gemeindeglied, das ihn gebeten hatte, sich diesem gegen die Annahme der Pariser Verträge gerichteten Appell anzuschließen. Der Bischof fährt in dem Schreiben fort:

"Es handelt sich bei dieser Kundgebung um ein Stück Politik, gegen oder für welches die Kirche als solche vom Evangelium her keine Weisung zu geben hat. Die Unterzeichner der obigen Eingabe an den Bundestag haben darum auch als Personen mit ihrem Namen gezeichnet, ohne den Anspruch zu erheben, daß ihre Stimme die Stimme der Kirche sei."

Bischof Halfmann befaßt sich in seinem Brief dann mit der in Darmstadt erscheinenden und von dem Studentenpfarrer Mochalski herausgegebenen und redigierten Zeitschrift "Die Stimme der Gemeinde", die jenen Appell veröffentlicht hatte:

"Ich kann nicht unterlassen, mein Bedauern darüber auszusprechen, daß die politischen Kundgebungen dieser bestimmten Gruppierung in der evangelischen Kirche in einer Zeitschrift auftreten, die sich 'Die Stimme der Gemeinde' nennt. Damit wird der Anschein erweckt, als sei die durch sie vertretene Stellungnahme zu der augenblicklich aktuellen politischen Situation die Stimme der Gemeinde, d.h. der evangelischen Kirche - also eine vom Worte Gottes gebotene Stellungnahme, die als solche für alle evangelischen Christen verpflichtend wäre. Daraus müßte ja wohl folgen, daß alle evangelischen Christen, die die politische Situation anders beurteilen, der Stimme der Gemeinde, letztlich dem Worte Gottes ungehorsam sind. Es besteht die große Gefahr, daß die evangelische Christenheit in Deutschland auf diese Art durch eine Politik gespalten wird, die mit religiösen Ansprüchen auftritt."

Tatsache ist jedoch, daß viele in der evangelischen Christenheit eine politische Überzeugung haben, die sich von jener Gruppierung unterscheidet. Hinzu kommt, daß eine nicht geringe Zahl evangelischer Menschen in der Sowjetzone von der Politik jener Gruppe um Heinemann, Mochalski und Karl Barth nicht viel erwartet. Auch um dieser Tatsachen willen ist es m.E. unmöglich, daß die evangelische Kirche sich von Amts wegen so oder so festlegt."

Bischof Halfmann übt ferner Kritik an einem Flugblatt des Pfarrers Mochalski, das der "Stimme der Gemeinde" beilag, und schreibt dazu: "Dieses Flugblatt ist ein politischer Artikel, der in irgendeiner politischen Zeitung stehen könnte. Völlig zusammenhanglos und unbegründet enthält er einen Appell an die evangelische Christenheit, vor allem die Pfarrer. Die evangelische Kirche erscheint hier als politische Größe neben anderen politischen Organisationen bestimmter Färbung. Das ist Politisierung der Kirche, die ich schlechthin ablehne."

"Um der evangelischen Kirche willen fühle ich mich verpflichtet," so schließt der Bischof seinen Brief, "der Verwirrung entgegenzutreten, die dann entsteht, wenn 'Die Stimme der Gemeinde' eine Politik zu treiben beansprucht, die in nichts heiliger und christlicher ist als andere Politik auch." Es dürfe nicht der Anschein erweckt werden, als wolle eine andere politische Überzeugung - die Bischof Halfmann als durchaus möglich bezeichnet - weniger aufrichtig den Frieden.

POLITISCHER QUERSCHNITT

Probleme und Aufgaben im neuen Jahre

von Werner v. Lojewski

Die Aussichten für die Eingliederung der Bundesrepublik in den freien Westen sind am Jahresende günstiger geworden. Die französische Nationalversammlung hat der Aufnahme in die NATO sowie der Errichtung der Westeuropäischen Union zugestimmt. Nun soll man gewiß den Tag nicht vor dem Abend loben, zumal die parlamentarische Behandlung der Verträge in Frankreich noch mancherlei Verzögerung erfahren kann. Aber im Grunde spricht doch alles dafür, daß die Westeuropäische Union noch in diesem Jahre ins Leben treten wird.

Das harte und zähe Ringen im französischen Parlament sollte uns Deutschen freilich zu denken geben: Es ist ein Zeichen dafür, wie schwer es anderen Völkern fällt, die Vergangenheit ganz hinter sich zu lassen. Das Mißtrauen gegen Deutschland und die Deutschen ist noch sehr rege. Deutscherseits muß deshalb fortgefahren werden in dem Bemühen, diese Vorurteile und diesen Argwohn weiter abzubauen. Das ist aber nur möglich durch Weiterführung der bisherigen Politik. Wir werden auch künftig mit größter Sorgfalt darauf achten müssen, daß wir nichts tun, was den Vorbehalten gegenüber der deutschen Politik Nahrung geben könnte. Wir werden dafür sorgen müssen, daß nicht der Anschein entsteht, als wollten wir, nachdem deutsche Truppen aufgestellt sind, den deutschen Osten mit Gewalt zurückgewinnen. Wir dürfen andererseits nicht den Verdacht aufkommen lassen, daß wir bereit seien, uns mit dem sowjetischen Machtblock einzulassen. Und wir müssen durch unsere Politik die Befürchtungen zerstreuen, daß wir drauf und dran seien, uns wieder in eine Vormachtstellung in Westeuropa hineinzuarbeiten, die von den anderen, insbesondere von den kleinen Ländern als drückend und unerträglich empfunden werden würde.

Diese Vielfalt der Problemstellungen verdeutlicht, innerhalb welcher Spannungsfelder die deutsche Politik sich bewegen muß. Auch deshalb sollten die Bemühungen um die politische Einheit Europas nicht aufgegeben werden. Ein großer Teil der inneren Spannungen, von denen der Westen des Kontinents auch heute noch beherrscht ist, wird um so schneller in sich zusammenfallen, je mehr Europa sich

=====

AN UNSERE LESER

Mit dieser Ausgabe beginnen wir einen neuen, den 3. Jahrgang der "Evangelischen Verantwortung". Dabei dürfen wir dankbar feststellen, daß unsere Arbeit in weiten evangelischen Kreisen des ganzen Bundesgebietes ein immer stärkeres und nachhaltigeres Echo gefunden hat. Immer wieder erreicht uns der Ruf nach ihrem weiteren Ausbau. Wir werden bemüht sein, diesem Ansinnen im Rahmen aller unserer Möglichkeiten Rechnung zu tragen. Wir machen jedoch keinen Hehl daraus, daß trotz der Fülle der vor uns liegenden Aufgaben unsere materiellen Mittel nach wie vor äußerst begrenzt sind. Wir möchten daher auch für dieses Jahr an die Mithilfe unserer großen Leserschaft appellieren und von allen, die sich dazu in der Lage sehen, einen Unkostenbeitrag von DM 5.-- für 1955 erbitten. Zur Überweisung des Betrages fügen wir eine Zahlkarte bei und sagen auch für diesen Ausdruck der Verbundenheit bereits im voraus unseren herzlichsten Dank.

Herausgeber und Redaktion

=====

eint. Die Westeuropäische Union bietet eine gute Grundlage für eine Politik in dieser Richtung. Sie ist nicht bloß eine Militärallianz. Sie sieht vielmehr auch die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten vor. Hier sind also die Ansatzpunkte gegeben, von denen aus die europäische Einheit unermüdlich weiterentwickelt werden sollte.

Nur in diesem großen Zusammenhang darf die Saarfrage gesehen werden. Sie war bisher ein Gegenstand oft leidenschaftlichen Streites zwischen Deutschland und Frankreich. Soll es, auch nach Inkrafttreten des Saarstatuts, dabei bleiben? Oder sollte nicht vielmehr gerade das Saarabkommen eine Brücke für die deutsch-französische Zusammenarbeit bilden? Wer Europa und den Zusammenschluß der freien Welt will, muß alles daransetzen, damit das Saarproblem nicht mehr ein Stein des Anstoßes ist.

Auch im neuen Jahre wird die Ost-West-Spannung das drohende und bewegende Problem der Weltpolitik bleiben. Für uns Deutsche heißt das: Wiedervereinigung. Für die übrigen Länder des Westens, insbesondere für die Vereinigten Staaten und Großbritannien hat dieses Problem einen globalen Charakter. Die Spannungen im Fernen und im Nahen Osten sind für ihre Politik von nicht geringerer Bedeutung als die Spannungen in Europa. Hinzu kommen die umfassenden Probleme der

Abrüstung und der Atomwaffen. In dieser Sicht stellt sich manchem Nichtdeutschen die Frage der Koexistenz mit der Sowjetunion anders dar als uns. Mancher im Westen glaubt, für die Erhaltung des Friedens sei alles getan, wenn zwischen Ost und West eine Verständigung auf der Grundlage des status quo mit Sicherungen gegen Kriegsgefahr zustandekäme. In seinem Denken und Empfinden gibt es keine widernatürliche Grenze durchs eigene Land. Hierauf basieren die Äußerungen der Londoner "Times" und des amerikanischen Publizisten Lippmann, daß mit einer Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands gerechnet werden müsse.

Die britische Regierung hat sofort erklärt, daß dies nicht ihre Ansichten seien. Das neue Jahr wird nun hoffentlich eine Klarstellung bringen, ob die Sowjetunion unter Koexistenz etwa versteht, daß die Zonengrenze durch Deutschland versteinert werden soll, oder ob sie ernstlich bereit ist, die Wiedervereinigung zuzulassen. (Daß im übrigen Koexistenz in sowjetischem Licht den Kalten Krieg nicht ausschließt, hat der frühere Unterstaatssekretär im Foreign Office, Mayhew, schon vor einigen Monaten in Gesprächen mit Malenkow und anderen sowjetischen Größen festgestellt.)

Die Aufgabe der deutschen Politik, wie immer die weltpolitische Entwicklung weitergehen mag, ist von äußerster Eindeutigkeit: Sie muß unentwegt alles aufbieten, damit die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit Wirklichkeit wird, und sie muß sich mit derselben Energie dafür einsetzen, daß sich die Koexistenz nicht am Eisernen Vorhang stabilisiert. Aus den jüngsten Erklärungen des Bundeskanzlers geht noch einmal hervor, daß dies die unabweislich oberste und vordringlichste Aufgabe der amtlichen deutschen Politik ist und bleibt.

=====

SCHMIDT & MELMER
WEIDENAU (Sieg)



**Verzinkte Haus-
und Küchengeräte**

Sondererzeugnisse:

Müllabfuhranlagen aller Art,
Papierkörbe für Straßen und Park-
anlagen, Leuchtsäulen zur Regelung
des Straßenverkehrs, Grubenklosetts,
Mörtelkübel und Mörtelimer.

SIEGENER AKT.-GES.
GEISWEID i. W.

Verzinkte Bleche, Stahldacheindeckungen, Stahlhoch- und
Brückenbau. Stahlwellblechbauten jeder Art, insbesondere
Garagen, Fahrradständer und Hallenbauten. Schwere und
leichte Kesselschmiedearbeiten

Walzen und Hartguß bis 18 t Stückgewicht
liefert in weltbekannter Güte

HERM. IRLE GESELLSCHAFT
mit beschränkter Haftung
DEUZ (Krs. Siegen i. W.)